



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2019/2967

Der Oberbürgermeister

I/01-011-12-11-de

Dezernat/Fachbereich/AZ

18.06.19

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	27.06.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Beschleunigung der städtischen Klimaschutzmaßnahmen

- Bürgerantrag vom 02.03.19
- m. erg. Schreiben v. 17.05.19 und 13.06.19

Beschlussentwurf:

1. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt den dem Bürgerantrag beigefügten Artikel der Zeitschrift nature zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt zur Kenntnis, dass die vom Bürgerantragsteller dargestellten Anregungen bereits im Wesentlichen bei Verwaltung und Politik im Fokus stehen und im Rahmen der personellen und finanziellen Kapazitäten umgesetzt werden. Eine Beschleunigung einzelner Maßnahmen ist neben dem zunächst notwendigen planerischen Aufwand auch von der Finanzierbarkeit im städtischen Haushalt sowie von Vorgaben der Fördermittelgeber abhängig und daher derzeit nicht ohne weiteres möglich. Da es sich um einen dynamischen Prozess handelt, werden etwaige sich ergebende Handlungsspielräume sukzessive seitens der Verwaltung geprüft.
3. Der Bürgerantrag wird in diesem Zusammenhang für erledigt erklärt.

gezeichnet:
Richrath

Der Petent hat sich erstmalig mit Schreiben vom 02.03.2019 an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gewendet und dieses mit Schreiben vom 17.05.2019 aktualisiert und ergänzt. Das finale Schreiben vom 17.05.2019 wird als Anlage 1 zur Kenntnis gegeben. Zudem ist ein weiteres ergänzendes Schreiben vom 13.06.2019 als Anlage 3 beigelegt.

Der Petent beantragt im Wesentlichen, die städtischen Klimaschutzmaßnahmen zu beschleunigen.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die personenbezogenen Daten des Originalantrags nicht mit abgedruckt werden. Sie sind zur weiteren Information der Mitglieder des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden den Sitzungsunterlagen in der nichtöffentlichen Anlage 2 beigelegt.

Die Verwaltung nimmt zu dem Bürgerantrag wie folgt Stellung:

Die genannten Themen des Antragstellers sind der Stadtverwaltung seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen. So wird seit 2011 der European Energy Award (eea) als umsetzungsorientierter Qualitätsmanagementprozess für den Klimaschutz in der Stadtverwaltung praktiziert. Jedes Jahr werden energetische Gebäudesanierungen durchgeführt und das Energiecontrolling optimiert. Dabei spielt das Projekt „energieLux“ seit 1998 zum Energiesparen in Kindergärten und Schulen eine große Rolle. Das NaturGut Ophoven übernimmt den Bildungsauftrag zum Klima- und Umweltschutz für die Stadt Leverkusen.

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 31.08.2017 mit Beschluss zur Vorlage Nr. 2017/1748 die Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK) für die Stadt Leverkusen entschieden, welches folgende quantitative Ziele vorsieht (IKK Seite 2 bzw. Punkt 8.2 auf Seite 66):

- Reduktion der Treibhausgasemissionen im Stadtgebiet um 40% bis 2030 und um 80% bis 2050 gegenüber 2016
- Senkung des gesamten Endenergiebedarfs der Stadt um 20% bis 2030 und 50% bis 2050 gegenüber 2016.

Mit diesen Einsparzielen möchte die Stadt Leverkusen das globale 2-t-pro-Einwohner-Ziel zur Minimierung der Auswirkungen des Klimawandels erreichen. Jedoch wurde dieses Ziel international mit dem IPCC-Bericht (zwischenstaatlicher Ausschusses für Klimaänderungen „Intergovernmental Panel on Climate Change“ der Vereinten Nationen) von Oktober 2018 auf 1,5 °C korrigiert, um schwerwiegende und dauerhafte Klimaveränderungen zu reduzieren.

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am 10.12.2018 die Vorlage Nr. 2018/2494 „Leistungserweiterung und Optimierung des ÖPNV-Angebots der wupsi GmbH/Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leverkusen“ mit den darin enthaltenen Maßnahmen (Einführung Schnellbusnetz und Linienoptimierung zur besseren Verknüpfung mit allen Schienenverknüpfungspunkten im Stadtgebiet, Taktausweitungen sowie Verlängerung Nachtlinienbedienung) mit Änderungen beschlossen.

Des Weiteren ist in der Sitzung des Rates am 18.02.2019 der Beschluss zum umfangreichen Zwischenbericht des Mobilitätskonzeptes 2030+ (Vorlage Nr. 2018/2623) erfolgt. Im Rahmen des Mobilitätskonzeptes wird unter anderem auch die Anregung des Bürgerantragstellers, eine wechselseitige dynamische Spurnutzung für Kraftfahrzeuge auf Straßen einzuführen, geprüft und bewertet. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, daher steht noch kein Ergebnis zu dem Vorschlag fest.

Am 24.01.2019 hat der Bürger- und Umweltausschuss den Sachstandsbericht „Leitbild Grün“ (Vorlage Nr. 2018/2651) zur Kenntnis genommen und basierend darauf das daraus resultierende „Strukturkonzept Klimafolgenanpassung“, das die Grundlage zur Teilnahme an Klimaschutzwettbewerben bildet, beschlossen. Außerdem hat der Ausschuss der Verwendung der Finanzmittel „Leitbild Grün“ in Höhe von 100.000 € für den Einsatz erforderlicher Eigenmittel zur Teilnahme an aktuellen Klimaschutzförderprogrammen, der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 07.09.2018 zum Antrag Nr. 2018/2136 „Leverkusen summt! Wir tun was für Bienen“ und der Erstellung eines Klimaanpassungskonzeptes beschlossen. Dabei werden für die Umsetzung der ersten Maßnahmen zum Schutz der Wildbienen Frühling 2019 Blühwiesen ausgesät und einige Insekten-Nisthilfen aufgestellt.

Der Rat hat zudem mit Beschluss vom 18.02.2019 zur vorgenannten Vorlage Nr. 2018/2651 die Teilnahme am European Climate Award Verfahren und den Auftrag an die Verwaltung beschlossen, das erforderliche Förderantragsverfahren einzuleiten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die vom Bürgerantragsteller dargestellten Anregungen bereits bei Verwaltung und Politik im Fokus stehen und im Rahmen der personellen und finanziellen Kapazitäten umgesetzt werden. Eine Beschleunigung einzelner Maßnahmen ist neben dem zunächst notwendigen planerischen Aufwand auch von der Finanzierbarkeit im städtischen Haushalt sowie von Vorgaben der Fördermittelgeber abhängig und daher derzeit nicht ohne weiteres möglich. Da es sich um einen dynamischen Prozess handelt, werden etwaige sich ergebende Handlungsspielräume sukzessive seitens der Verwaltung geprüft.

Aufgrund des Umfang der Dokumente wurde verzichtet, die zitierten Vorlagen und Konzepte (Leitbild Grün, Mobilitätskonzept 2030+, Integriertes Klimaschutzkonzept) dem Bürgerantrag beizufügen. Die Unterlagen können für weitergehende Informationen im Ratsinformationssystem Session unter der jeweiligen Vorlagennummer aufgerufen und eingesehen werden.

Anlage/n:

- 2967 - Anlage 1 - Bürgerantrag
- 2967 - Nichtöffentliche Anlage 2
- 2967 - Anlage 3 - erg. Schreiben vom 13.06.19

Von:
Gesendet: Freitag, 17. Mai 2019 07:15
An:
Betreff: Ergänzung und bessere Strukturierung meines Antrags vom 2.3.19
Beschleunigung Klimaschutz
Anlagen: Beschleunigung von klimaschutzmaßnahmen 2 3 17 5 19.pdf

Ich habe meinen Antrag um einen weiteren Punkt ergänzt, der Punkt 2 wird. der bisherige Punkt 2 wird zu Punkt 3
Der neue Punkt 2 ist in kursiv und fett gedruckt.
Formulierungsänderungen und Ergänzungen in Punkt 3 sind in kursiv und unterstrichen dargestellt.
Zur Verbesserung der Lesbarkeit habe ich die Beispieldarstellungen zu 3. jeweils unter 3.1 Mobilitätskonzept und 3.2
Leitbild Grün zusammengefasst.
die Darstellungen sind angehängt und in die Email zusätzlich eingefügt.
mfG

An den Rat der Stadt Leverkusen und die Bezirksversammlung über den Bürgerantrag an den
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden.

Thema: Notwendige Beschleunigung der städtischen Klimaschutzmaßnahmen

1. Die Entscheidungsgremien nehmen über den im Anhang dargestellten Aufsatz übersetzt aus
der Zeitschrift Nature, erschienen bei Spektrum der Wissenschaft und auch publiziert in Die Zeit
online zur Kenntniss, dass die kritische 1,5 Grad Erwärmungsgrenze wahrscheinlich schon in 11
statt 20 Jahren erreicht wird und jede Erwärmung darüber die Klimaprobleme, die wir bereits mit
der 1,5 Grad Grenze erreichen, **noch** stärker verschärft.

***2. Die Verwaltung überprüft, ob, bzw wo und wo nicht, auf den vierspurigen Straßen mit
Hilfe einer belastungsgesteuerten wechselnde Spurnutzung durch Lichtsignalanlagen eine
schnelle dynamische Lösung des Konfliktes ÖPNV Spur und sonstige Kfz Spuren möglich
ist.***

***Zum Berufsverkehr kann dann in der stärker belasteten Verkehrsrichtung durch eine
wechselnde Dreispurenfreigabe (rechts für ÖPNV, 2. Spur und eine Gegenrichtungsspur
für sonstige Kfz eine jeweils bessere Kapazitätsausnutzung und damit eine geringere
Emission von CO2 und weiterer Schadstoffen erreicht werden.***

***3. Die Entscheidungsgremien beschließen, daß sie angesichts der in Punkt 1 aufgeführten
Perspektiven mehrheitlich eine deutliche Beschleunigung von bestehenden städtischen
Planungen und Maßnahmen zum Klimaschutz wollen.***

Beispiele für die Beschleunigung der Klimaschutzmaßnahmen:

3.1. Mobilitätskonzept,

3.2. Leitbild Grün

Zu 3.1.

Bsp. Radverkehr:

Lückenschluss Balkantrasse, Rheinweg durch den Weg längs der Wupper, Fahrradfreundliche
Verkehrsverbindung zwischen Opladen und Wiesdorf

neben neuen Wegen auch Ausschilderung bestehender Wege mit geringerer Verkehrsbelastung
(siehe auch Anregung in meinem Bürgerantrag zum Mobilitätskonzept)

Bsp ÖPNV:

Erhöhung der Bustaktfrequenzen zu und zwischen den Verkehrsverbindungsknoten z.B. S. Bahn
Rheindorf, Bahnhof Op und Lev.Mitte, Straßenbahn Linie 4

Noch mehr Busbeschleunigungsspuren

Kommentierung zu 1. :

Priorität für den ÖPNV und den Fahrrad- und Fußgängerverkehr, die einseitige Bevorzugung des PKW Verkehrs **muß beendet werden**.

(aktuelle Negativbeispiele: Entscheidung zum P+R Parkplatz bei der S Bahnstation entgegen der Expertenstudie, Ablehnung von Fahrradabstellplätzen an der oberen Kölner Straße zuungunsten von nur 2 PKW Parkplätzen gegenüber ca. 12-16 Fahrradstellplätzen Positivbeispiel:

Busbeschleunigungsspur an der Burscheider Straße

zu 3.2.

Verstärkte Aufklärung und Anreize zur Begrünung von Steinflächen (in Gärten, an Hauswänden) und ggf. steuerlichen Sanktionsmaßnahmen (Bsp. separate erhöhte Abwassergebühren für nicht verkehrstechnisch notwendig versiegelten Flächen, wenn es keine Kompensationen durch andere Klimamaßnahmen wie der Fassaden- und Dachbegrünung gibt

Anreize für stärkeres lokales Bürgerengagement:

Bsp.: Straßenbaumpatenschaften und Patenschaften für naturnahere städtische Wiesenstücke

(https://magazin.nebenan.de/artikel/mitmach-set-aufraeumaktion-in-der-nachbarschaft?utm_source=newsletter_333&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter

Anhang

Übersetzung des Nature Artikels in Spektrum der Wissenschaften/Die Zeit online mit einem kurzen Vorwort von mir

https://www.spektrum.de/kolumne/die-welt-wird-viel-schneller-heiss/1626358?utm_source=zon&utm_medium=teaser&utm_content=news&utm_campaign=ZON_KOOP

Betreff: Klima 2030: betrifft doch wahrscheinlich auch uns und nicht unsere Kinder und Enkel!!!

wir haben ein schlechtes Gewissen gegenüber unseren Kindern und Enkeln bei der Rente und auch beim Klima. Aber jetzt kommt es: auch wir sind zeitlich nahe dran! Ab 2030, nicht erst 2040 muß mit der Überschreitung der 1,5 Grad Grenze gerechnet werden. Hmm... ob es beim Autokauf (wieder) ein SUV sein wird oder wir uns öftermal aufs (Elektro)rad begeben und mit Bus und Bahn fahren, ob mehrmals pro Jahr in die Ferne reisen und nicht auch nah zu bleiben gut ist, ob es egal oder regional und saisonal bei unserer Ernährung zu geht, Ökostrom nuzen und Energie sparen, und.....?

Was können wir sonst noch tun?

die Information verbreiten mit dem Artikel, dass wir nur 11 statt 20 Jahre Zeit bis zur sehr kritischen 1,5 Grad Zone der Klimateerwärmung haben und somit a) jeder seine Beiträge leisten kann (siehe Vorwort 1. Abschnitt von mir) und b) die Massnahmen aktiv wahrnimmt, sowohl im Kommunalen (Stichwort Leitbild Grün, Mobilitätskonzept) wie im Landes und Bundespolitischen (Stichworte Verkehrspolitik, Kohlepolitik...) durch Bürgeranträge an den Ausschuss für Anregung und Beschwerden, durch Teilnahme an Demonstrationen, Initiativen, Bürgerentscheide und letztlich Wahlen

Auf dem NGO gibt es Anregungen bei einem Spaziergang über die Klimapfadinfosäulen



© Kamil_k2p / stock.adobe.com (Ausschnitt)

nature

Exklusive Übersetzung aus **nature**
 Bereitet euch auf das »neue Unnormale« vor: So kommentierte der kalifornische Gouverneur Jerry Brown im November 2018 die verheerenden Flächenbrände in dem US-Bundestaat. Und er hat Recht. Die jüngste kalifornische Krise folgt auf Jahre voller Rekorddürren und Hitzewellen. Und auch der Rest der Welt hatte 2018 reichlich unter Extremwetter zu leiden. Im Jahr 2017 waren 157 Millionen Menschen mehr Hitzeperioden ausgesetzt als im Jahr 2000, berichtete Ende November 2018 das medizinische Fachjournal »The Lancet«.

Solches Extremwetter wird häufiger. Zu Recht wollen Regierungen wissen, was sie tun sollen. Doch die Klimaforschung ringt um hilfreiche Antworten. Im Oktober 2018 legte der Weltklimarat IPCC einen Bericht vor, laut dem wir die globale Erwärmung bereits bei einer Temperatur von 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau stoppen müssen und in dem steht, was dafür zu tun ist. Der Bericht ist düsterer Lesestoff. Wenn sich unser Planet um zwei Grad Celsius erwärmt – das ist das erklärte Ziel des Pariser Klima-Abkommens von 2015 –, leiden doppelt so viel Menschen unter Wasserknappheit wie bei 1,5 Grad. Die zusätzliche Erwärmung würde mehr als 1,5 Milliarden Menschen extremen, tödlichen Hitzeperioden aussetzen, hunderte Millionen Menschen ansteckenden Krankheiten wie Malaria und anderen Gefährdungen aussetzen.



Das könnte Sie auch interessieren: [Spektrum Kompakt: Klimawandel – Der Einfluss der globalen Erwärmung](#)

Doch der jüngste Klima-Sonderbericht des IPCC unterschlägt eine andere alarmierende Tatsache: Die globale Erwärmung beschleunigt sich. Drei Trends – ansteigende Emissionen, abnehmende Luftverschmutzung und natürliche Klimazyklen – treffen in den kommenden 20 Jahren zusammen und sorgen dafür, dass die Änderung des Klimas schneller und heftiger verläuft als erwartet.

Die nahe Zukunft ist düster

Unserer Ansicht nach werden wir die Marke von 1,5 Grad Celsius bereits 2030 erreichen – und nicht erst 2040, wie es der Weltklimarat in seinem Sonderbericht annimmt. Die Klimamodelle haben sich auf langfristige Trends und Gleichgewichte konzentriert und sich dabei nicht ausreichend um die kurzfristigen Veränderungen gekümmert, die für die Politik am bedeutendsten sind.

Den politischen Entscheidungsgremien bleibt also weniger Zeit als gedacht, um zu reagieren. Regierungen müssen noch dringender in Maßnahmen zum Schutz vor Überflutungen und Flächenbränden investieren sowie in Hilfen bei extremen Hitzewellen insbesondere für ältere und arme Menschen. Wälder und landwirtschaftliche Betriebe müssen widerstandsfähiger gegen Dürreperioden gemacht und Küsten gegen Fluten gesichert werden. Eine schnelle Erwärmung führt zu einem größeren Bedarf an Emissionsregelungen, die zu den schnellstmöglichen Erfolgen beim Klima führen, wie etwa der Kontrolle von Ruß, Methan und Fluorkohlenwasserstoffen. Es mag sogar Gründe für ein solares Geoengineering geben – also die Abkühlung unseres Planeten beispielsweise durch reflektierende Partikel in der Stratosphäre.

Klimaforscherinnen und Klimaforscher müssen der Politik die nötigen Beweise und Prognosen für die kommenden 25 Jahre liefern. Sie müssen die Entscheidungsträger dabei beraten, welche klimarelevanten Substanzen zuerst limitiert werden müssen, um möglichst großen Einfluss auf die Klimaentwicklung zu nehmen. Sie sollten zudem einschätzen, welche politischen Maßnahmen sich in der realen Welt am schnellsten und erfolgreichsten umsetzen lassen – denn »ideale« Maßnahmen sind auf Grund politischer, verwaltungstechnischer und wirtschaftlicher Randbedingungen in der Praxis nicht umsetzbar.

Beschleunigte Erwärmung

Drei Beweisketten deuten auf eine globale Erwärmung, die schneller verläuft als im Sonderbericht des IPCC prognostiziert.

Erstens, die Emissionen von Treibhausgasen steigen weiterhin an. Für das Jahr 2017 wird der industrielle Ausstoß an Kohlendioxid auf 37 Gigatonnen geschätzt. Dieser Wert liegt auf der höchsten Kurve für die Emissionen, die vom IPCC bislang modelliert wurden. Diese schlechte Nachricht bedeutet außerdem, dass es in den kommenden 25 Jahren zu einer Erwärmung um 0,25 bis 0,32 Grad Celsius pro Jahrzehnt kommen wird. Das ist schneller als die 0,2 Grad Celsius pro Jahrzehnt, die wir seit den 2000er Jahren sehen und die der IPCC für seinen Bericht verwendet hat.



Confé



Eingang zur Klimakonferenz von Paris

Zweitens, die Regierungen verringern die Luftverschmutzung schneller, als es der IPCC und die meisten Klimamodellierer angenommen haben. China beispielsweise hat den Schwefeldioxydausstoß seiner Kraftwerke zwischen 2014 und 2016 um 7 bis 14 Prozent verringert. Die wichtigsten Klimamodelle gingen dagegen von einem Anstieg aus. Eine Verringerung der Luftverschmutzung ist zwar besser für die Ernten und für die Gesundheit. Aber Aerosole, darunter Sulfate, Nitrate und organische Stoffe, reflektieren das Sonnenlicht. Die Abschirmung durch Aerosole hat unseren Planeten möglicherweise global um bis zu 0,7 Grad Celsius abgekühlt.

Drittens, es gibt Anzeichen dafür, dass die Erde in eine natürliche Warmphase übergeht, die mehrere Jahrzehnte dauern könnte. Der Pazifische Ozean scheint sich in Übereinstimmung mit einem langsamen Klimazyklus, der Interdekadischen Pazifischen Oszillation, zu erwärmen. Dieser Zyklus moduliert die Temperaturen über dem äquatorialen Pazifik und Nordamerika. Außerdem scheint sich die Mischung von Tiefenwasser und Oberflächenwasser im Atlantischen Ozean, die atlantische meridionale Umwälzbewegung (AMOC), seit 2004 abzuschwächen, wie die Daten von treibenden Messstationen zeigen, die den tiefen Ozean untersuchen. Ohne diese Durchmischung verbleibt mehr Wärme in der Atmosphäre, anstatt wie in der Vergangenheit in die Tiefe des Ozeans abzusinken.

Mehr noch: Diese drei Effekte verstärken sich gegenseitig. Wir schätzen, dass der Anstieg der Emission von Treibhausgasen sowie die Verringerung der Luftverschmutzung bis 2030 zu einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius führen und die Marke von 2 Grad im Jahr 2045 erreicht wird. Es könnte sogar noch schneller gehen, wenn die Luftverschmutzung noch stärker sinkt. Addieren wir die natürlichen dekadischen Fluktuationen, so erreichen wir mit einer Wahrscheinlichkeit von zehn Prozent eine Erwärmung um 1,5 Grad Celsius bereits im Jahr 2025. Zum Vergleich: Der IPCC gibt für die Überschreitung von 1,5 Grad Celsius Wahrscheinlichkeiten von 17 Prozent für 2030 und von 83 Prozent für 2052 an.

Realistische Ziele

Wissenschaft und politische Gremien müssen ihre Aufgaben, ihre Ziele und ihre Vorgehensweisen an vier Fronten überdenken.

Wissenschaftliche Vorhersagen für die nahe Zukunft einfordern:

Die politischen Entscheidungsträger sollten das IPCC um einen weiteren Sonderbericht bitten, und zwar über das Tempo der Klimaänderung für die kommenden 25 Jahre. Der Weltklimarat sollte dabei nicht nur auf die physikalische Forschung achten, sondern auch das Tempo berücksichtigen, mit dem politische Systeme reagieren können. Es gilt, den Druck von Interessengruppen und Bürokratie zu berücksichtigen, die am Status quo festhalten wollen. Die Fachleute sollten die Klimamodelle so verbessern, dass sie die kommenden 25 Jahre detaillierter beschreiben. Dabei sollten die jüngsten Daten über den Zustand der Ozeane und der Atmosphäre ebenso berücksichtigt werden wie natürliche Klimazyklen. Außerdem sollten sie ihr Augenmerk stärker auf die Wahrscheinlichkeiten und die Folgen extremer Wetterereignisse richten. Es mag schwierig sein, hierfür Indizien zu sammeln, aber die Ergebnisse sind nützlicher, um die realen Gefahren der Klimaentwicklung und möglichen Reaktionen darauf einzuschätzen.

Politische Ziele überdenken:

Grenzen für die globale Erwärmung, wie das Ziel von 1,5 Grad Celsius, sollten als grobes Hilfsmittel für die Planung angesehen werden. Allzu häufig werden sie als physikalische Grenze angesehen, an denen sich die Politik ausrichten muss. Das übermäßige Vertrauen in »Technologien für negative Emissionen«, die Kohlendioxid aufnehmen statt abgeben, im Sonderbericht des IPCC zeigt, dass es umso schwieriger wird, realistische politische Lösungsansätze zu finden, je näher wir der gesetzten Grenze für die Erwärmung kommen. Es ist leicht, sich die Modelle auf Papier zurechtzubiegen – aber viel schwerer, Realpolitik zu betreiben, die funktioniert.

EXTREMWETTER

Wenn die Elemente verrücktspielen

Unwettervorhersage

Wer sagt mir, wann
die Flut kommt?

Arabischer Golf

Zu heiß
zum Leben

Globale Erwärmung

Welche Schuld trägt der
Klimawandel?

Das könnte Sie auch interessieren: [Spektrum Kompakt: Extremwetter – Wenn die Elemente verrücktspielen](#)

Realistische Ziele sollten sich auch an politischen und sozialen Zielkonflikten und nicht nur an geophysikalischen Parametern orientieren. Sie sollten sich aus einer Analyse der Kosten, der Nutzen und der Machbarkeit ergeben. Diese Zielkonflikte müssen ebenfalls in den Prozess des Pariser Klimaabkommens eingebettet werden. Hier ist eine bessere Überprüfung nötig, wie realistische politische Strategien die Emissionen beeinflussen. Bessere Überprüfungen können das Handeln motivieren – dürften aber politisch umstritten sein: Sie werden aufzeigen, wie groß die Lücke zwischen dem ist, was Länder zur Kontrolle der Emissionen versprechen, und dem, was kollektiv nötig ist, um die Erwärmung zu begrenzen. Informationen über etwaige Zielkonflikte müssen daher von außerhalb der offiziellen zwischenstaatlichen Prozesse kommen – von den nationalen Wissenschaftseinrichtungen, regionalen Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen.

Anpassungsstrategien entwickeln:

Die Zeit ist reif für eine schnelle Anpassung. Die politischen Entscheidungsträger benötigen zwei Arten von Informationen von den Wissenschaftlern, um zu handeln. Erstens müssen sie die möglichen lokalen Folgen für Regionen und Städte kennen. Solche Informationen lassen sich teilweise dadurch gewinnen, dass man hoch aufgelöste Klimafolgenabschätzungen mit künstlicher Intelligenz zur Analyse großer Datenmengen über Extremwetterlagen, Gesundheit, Sachschäden und anderen Größen kombiniert. Zweitens müssen die politischen Entscheidungsträger die Unsicherheiten bei der Vorhersage von Folgen der Klimaänderungen und der getroffenen Maßnahmen verstehen. Selbst Regionen wie der US-Bundesstaat Kalifornien, die proaktiv Anpassungsmaßnahmen vorantreiben, fehlen Informationen über die sich ständig ändernden Risiken von Extremwetterlagen, Großbränden und dem steigenden Meeresspiegel. Die Forschung muss alle Arbeitsgebiete und alle Beteiligten zusammenbringen – Stadtplaner, Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Ökosystem-Dienstleister. Die Anpassungsstrategien müssen variabel gestaltet sein und die Möglichkeit einschließen, dass sich Folgen anders entwickeln als erwartet. Und ein größerer Teil des Planungsaufwands und der finanziellen Mittel muss in die Untersuchung der schlimmstmöglichen Szenarien fließen.

Optionen für schnelle Reaktionen:

Analysen der Klimaentwicklung müssen schnelle Möglichkeiten untersuchen, wie sich Klimafolgen reduzieren lassen, etwa durch Verringerung der Emissionen von Methan, Ruß und Fluorkohlenwasserstoffen. Pro Tonne haben diese »Super-Schadstoffe« die 25- bis 1000-fache Wirkung von Kohlendioxid. Ihre atmosphärische Lebensdauer ist kurz – im Bereich von Wochen (für Ruß) bis zu Jahrzehnten (für Methan und Fluorkohlenwasserstoffe). Eine Reduzierung dieser Schadstoffe könnte den Trend der globalen Erwärmung in den kommenden 25 Jahren potenziell halbieren.

Riskante Maßnahmen

Und es gibt Fortschritte an dieser Front. Auf dem Klimagipfel im September 2018 in San Francisco stellte die United States Climate Alliance – ein Zusammenschluss von Gouverneuren der Bundesstaaten, die 40 Prozent der Bevölkerung der USA repräsentieren – einen Plan zur Reduzierung der Emissionen von Methan, Fluorkohlenwasserstoffen und Ruß um 40 bis 50 Prozent bis 2030 vor. Die 2016 beschlossenen Kigali-Änderungen zum Montreal-Protokoll, die im Januar 2019 in Kraft getreten sind, fordern eine Reduzierung der Emissionen von Fluorkohlenwasserstoffen um 80 Prozent innerhalb der kommenden 30 Jahre.

Eine Reihe von Optionen für Klima-Engineering sollte als Notfallmaßnahmen auf dem Tisch liegen. Wenn sich die globalen Bedingungen tatsächlich verschlechtern, könnte uns das dazu zwingen, große Mengen an überschüssigem Kohlendioxid direkt aus der Atmosphäre zu entziehen. Eine sogar noch schneller wirkende Notfallaktion wäre die Injektion von Aerosolen in die Atmosphäre, um so die Menge an Sonnenstrahlung zu reduzieren, die die Erde erwärmt.

Diese Option ist extrem umstritten, und eine solche Aktion könnte unerwartete Konsequenzen nach sich ziehen, etwa die Verteilung der Niederschläge so verändern, dass die Tropen austrocknen. Forschung und Planung sind daher entscheidend für den Fall, dass eine Umsetzung dieser Option nötig wird. Wenn wir nicht in entsprechende Versuche und technische Vorbereitungen investieren – und bislang gibt es nahezu keine –, dann sind die Chancen groß, dass unverantwortlich handelnde Akteure die falschen Arten von Klima-Engineering betreiben, weil sie schlecht über den Stand der Forschung informiert sind.

Seit Jahrzehnten haben Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger die Debatte über die Klimapolitik sehr einfach geführt: Die Wissenschaftler haben langfristige Ziele analysiert, und die Politiker haben so getan, als akzeptierten sie diese Ziele. Diese Zeiten sind vorbei. Ernsthafte Klimapolitik muss sich heute auf zeitnahe Ziele und deren Durchführbarkeit konzentrieren. Sie muss die gesamte Bandbreite der Optionen berücksichtigen, selbst jene, die unbequem und mit Risiken behaftet sind

Von:
Gesendet: Donnerstag, 13. Juni 2019 21:02
An:
Betreff: Ergänzungsinformation zum Bürgerantrag Beschleunigung von
Klimaschutzmaßnahmen
Anlagen: masterplan_stadtnatur_bf.pdf

heute, 13.6.19, hat das Bundeskabinett den Masterplan Stadtnatur mit dem Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt gebilligt. (siehe pdf Anlage) Daraus können sich in Zukunft für die Städte neue Fördertöpfe ergeben, die hier im Zusammenhang mit dem Klimaschutzmaßnahmenantrag interessant werden können. Deshalb sollten die Gremien der Stadt Leverkusen über die jeweils aktuelle Umsetzung informiert sein, um rechtzeitig Fördermittel beantragen zu können.

Deshalb möchte ich Sie bitten, den Hinweis auf diesen Masterplan Stadtnatur mit diesem Begleittext als Anlage meinem Antrag beizufügen.
<https://smex12-5-en-ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=https%3a%2f%2fwww.bmu.de%2fdownload%2f2270%2f&umid=5e9e5d9e-7695-4ce4-9260-614910d542d6&auth=c1b78073aeb48bdc11c4aaf9b8392029c256a30c-431e8532c3fee08d98625b0c5a7b30079415ce25>
mfG



Masterplan Stadtnatur

- Maßnahmenprogramm der Bundesregierung für eine lebendige Stadt -

A. Ausgangslage

Stadtnatur ist für die Menschen von hohem Wert und bietet vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Sie bedeutet Lebensqualität, Gesundheit, Erholung, Bewegung und Naturerfahrung.

Stadtnatur ist unverzichtbar für die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Städte sind im Vergleich zur umgebenden Landschaft oft artenreicher, da sie verschiedene Standortbedingungen auf kleinstem Raum beherbergen. Sie bieten für viele Arten wichtige Ersatzlebensräume. Deutlich wird dies am Beispiel der Stadt Berlin, wo mehr als 20.000 Tier- und Pflanzenarten zu finden sind. Von den 234 in Deutschland gefährdeten oder vom Aussterben bedrohten Brutvogelarten kommen zwei Drittel auch in Berlin vor. Auch für Insekten bieten Städte wertvolle Lebensräume.

Stadtnatur bildet. Vielfältige Grünflächen sind wichtige Lernräume, von denen alle – besonders junge Menschen – profitieren. Für eine gesunde Entwicklung ist es förderlich, wenn Kinder in einem naturnahen Umfeld spielen und Naturelemente wie Wasser, Boden, Pflanzen und Tiere mit den eigenen Sinnen erleben können. Durch das freie Spiel in der Natur werden Eigenverantwortung, Kreativität, Sozialverhalten und motorische Fähigkeiten gestärkt. Der unmittelbare Kontakt zur Natur fördert zudem bei Jung und Alt das Verständnis für Natur- und Umweltzusammenhänge und ist für die Herausbildung eines Naturbewusstseins unerlässlich.

Stadtnatur dient der Gesundheit. Vielfältige Grünflächen verbessern Stadtklima und Luftqualität. Sie bieten Raum für Erholung, Sport und Freizeitgestaltung. Regelmäßige Naturkontakte mindern Stress und fördern die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit.

Stadtnatur fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bietet Räume der Begegnung zur Integration und Teilhabe. Es gibt bundesweit erfolgreiche Beispiele für die Schaffung von Gemeinschaftsgärten unter Beteiligung der Menschen vor Ort aus unterschiedlichen Altersgruppen, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten.

Stadtnatur leistet einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel. Mit Blick auf die zunehmenden Hitzewellen und Starkregenereignisse werden schon heute „grüne Lösungen“ bevorzugt. Selbst kleinere Grünanlagen können die Temperaturen im Vergleich zur bebauten Umgebung bereits um 3 bis 4 Grad senken.

Stadtnatur ist damit grüne Infrastruktur. Sie macht unsere Städte und Gemeinden lebenswert, trägt zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme bei und kann die Gesundheit fördern. Dezentral in grüne Infrastruktur zu investieren kann erheblich kostengünstiger sein als beispielsweise der Bau großer Wasserrückhaltebecken. Urbane grüne Infrastruktur stellt eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zur grauen Infrastruktur dar und ist somit unverzichtbar für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie fördert die Lebensqualität und Attraktivität von Städten und trägt unmittelbar zur Daseinsvorsorge bei.

Die Bundesregierung wird die Kommunen dabei unterstützen, mehr Natur in unsere Städte zu bringen. Wir wollen mehr unversiegelte Flächen. Wir wollen mehr Natur in Stadtparks, Sportstätten, Friedhöfen, privaten Gärten, urbanen Wäldern, an Gewässern, an Gebäuden, auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Städten und auf Brachen mit Grün. Die Menschen sollen vor ihrer Haustür die Schönheit und Leistungsfähigkeit unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt erfahren und genießen können. Unsere Städte sollen lebendiger werden.

Im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode ist festgelegt: „Zur Erhöhung der Arten- und Biotopvielfalt in den Städten wollen wir einen Masterplan zur Umsetzung des Weißbuchs „Grün in der Stadt“ entwickeln und umsetzen.“ Damit geht es in diesem Masterplan um eine Aufwertung des Grüns in unseren Städten im Hinblick auf eine höhere Vielfalt an heimischen Tieren und Pflanzen.

In diesem Masterplan wird der Begriff **Stadtnatur** als Gesamtheit aller Lebensräume innerhalb einer Stadt verstanden, die **für die Artenvielfalt von Bedeutung** sind. In diesem Sinne können unterschiedliche Freiflächen und bauliche Elemente in der Stadt Bestandteil von Stadtnatur sein: **vielfältig und naturnah** gestaltete Bereiche in privaten Gärten, öffentlichen Grünanlagen, Klein- und Gemeinschaftsgärten, auf Friedhöfen, an Straßen und Wegen sowie Sport- und Spielplätzen, aber auch Nistplätze und Quartiere für Vögel und Fledermäuse an Gebäuden. Alle diese Bestandteile bilden gemeinsam mit Stadtwäldern, Brachen mit Spontanvegetation, Strukturelementen wie Hecken und Säume an Agrarflächen sowie Gewässern mit deren Auen ein **Gerüst für die Vernetzung in der Stadt sowie mit der umgebenden Landschaft**. Damit reicht Stadtnatur vom Einzelbaum, über den insektenfreundlichen Garten bis hin zum renaturierten Bachlauf und naturnahen Stadtwald.

Dieser Masterplan enthält ein konkretes Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Naturausstattung unserer Städte. Er versteht sich als Beitrag für die integrierte Stadtentwicklung in Hinblick auf die vielfältigen Leistungen der Natur für das Leben im besiedelten Raum. Flächen sollen nach Möglichkeit multifunktional genutzt werden. Deshalb geht der Masterplan im Sinne der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt über den engen Arten- und Biotopschutz hinaus. Der Masterplan leistet auch einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Strategie zur grünen Infrastruktur und der Deutschen Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels.

B. Maßnahmenprogramm

Die Bundesregierung wird folgende Maßnahmen nach Maßgabe der jeweils bewilligten Haushaltsmittel in Angriff nehmen und dabei mit allen Akteuren eng zusammenarbeiten:

Ziele	Maßnahmen
Wir werden einen neuen Förderschwerpunkt Stadtnatur schaffen	• Neuer Förderschwerpunkt beim Bundesprogramm Biologische Vielfalt ab 2020
Wir werden Stadtnatur in den bestehenden Bundesprogrammen stärken	• Prüfung, ob eine mangelnde Grünausstattung und Erreichbarkeit von öffentlichem Grün klarstellend als ein Kriterium zur Begründung eines städtebaulichen Missstands (§ 136 BauGB) aufgenommen werden sollte • Integration von Naturschutzbelangen in die verschiedenen Gebäudesanierungsprogramme des Bundes • Berücksichtigung von Belangen der urbanen grünen Infrastruktur sowie des Naturschutzes bei den Programmen der energetischen Stadtsanierung • Umfassende Einbeziehung von Naturschutzbelangen bei der Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative
Wir werden die kommunale Landschaftsplanung stärken	• Stärkung der Landschaftsplanung im Bundesnaturschutzgesetz • Erweiterung des Standards XPlanung für die kommunale Landschaftsplanung
Wir werden den Nutzen von Stadtnatur für die Gesundheitsförderung deutlich machen	• Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen Sozialversicherungsträgern, Ländern und Kommunen u.a. auf der Basis des Präventionsgesetzes
Wir werden mit mehr Stadtnatur einen Beitrag zur Umweltgerechtigkeit leisten	• Erarbeitung einer Fachkonvention mit bundeseinheitlichen Orientierungswerten für die Grünausstattung und Erholungsversorgung • Berücksichtigung von Naturerfahrungsräumen bei der nächsten Novelle des Baugesetzbuches • Initiative zur Verbreitung von Naturerfahrungsräumen
Wir werden das städtische Gewässer- und Niederschlagsmanagement unterstützen	• Überprüfung und Konkretisierung der technischen Regeln des städtischen Wassermanagements bzw. Initiierung neuer Regeln im Hinblick auf den Erhalt eines natürlichen Wasserhaushalts, auf Klimaanpassung und Stadtnatur
Wir werden die Entsiegelung von Böden voranbringen	• Prüfung neuer Ansätze zur besseren Nutzung von Entsiegelungspotenzialen zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen und zur Klimaanpassung

Wir werden über Bildungsangebote zur ökologischen Ernährungsbildung beitragen	• Unterstützung der Weiterentwicklung der Schulgärten durch Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen • Unterstützung der Ausbildung der Fachberatung für Ökologieschulungen und Erarbeitung von Informationsmaterial für Kleingärten sowie Haus- und Gemeinschaftsgärten
Wir werden die Vorbildfunktion des Bundes für Stadtnatur ausbauen	• Systematische Berücksichtigung der Belange der biologischen Vielfalt bei Neubauten, Bestandsmodernisierungen und gebäudenahen Außenanlagen des Bundes • Naturverträgliche Bewirtschaftung der Bundesliegenschaften
Wir werden neue innovative Wege für mehr Stadtnatur entwickeln	• Modellvorhaben zur Entwicklung naturbasierter Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen unserer Städte • Regelmäßiger Austausch der Forschungseinrichtungen des Bundes zu Stadtnatur und Stadtgrün
Wir werden die Anliegen der Stadtnatur in der Aus- und Weiterbildung und für die praktische Anwendung stärken	• Dialog mit Berufsverbänden, Kammern und Hochschulen, um die Fachkompetenzen in der Aus- und Weiterbildung rund um Stadtnatur zu erweitern • Erarbeitung eines „Werkzeugkastens“ mit Handlungsempfehlungen und Leitfäden für Stadtnatur
Wir werden die Datengrundlagen für Stadtnatur verbessern	• Durchführung von bundesweiten Auswertungen zu Stadtbiotopkartierungen auf Ebene der Großstädte • Entwicklung eines Indikators zur Erreichbarkeit naher städtischer Grünflächen und Integration des Indikators in die bundesweite Berichterstattung
Wir werden mit dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ eine enge Zusammenarbeit aufbauen	• Unterstützung des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ im Rahmen der Fördermöglichkeiten des BMU, sich als kommunale Plattform für Stadtnatur zu etablieren
Wir werden Bewusstsein schaffen für mehr Natur in der Stadt	• Öffentlichkeitsarbeit mit innovativen Formaten • Bundesweiter Wettbewerb zum Insektenschutz in den Kommunen

C. Zu den Maßnahmen im Einzelnen

1. Wir werden einen neuen Förderschwerpunkt Stadtnatur schaffen

Die Durchgrünung von Städten stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Wir brauchen neue Konzepte für Grünflächen, die den unterschiedlichen Anforderungen der Menschen und der Natur gerecht werden. Erforderlich sind intelligente Lösungen, die im Sinne einer doppelten Innenentwicklung besonders in Wachstumsregionen mit „Flächendruck“ vielfältige Angebote für Stadtnatur bieten. Hierbei wird die Bundesregierung Städte und die gesamte Stadtgesellschaft verstärkt unterstützen.

- Wir werden ab dem Jahr 2020 einen neuen Förderschwerpunkt Stadtnatur beim Bundesprogramm Biologische Vielfalt einrichten.

Mit dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt werden Projekte zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt gefördert. Förderberechtigt sind neben den Kommunen auch Verbände, Vereine, Schulen, Kindergärten, Unternehmen und Sozialeinrichtungen, sonstige Initiativen sowie Einzelpersonen.

Der neue Förderschwerpunkt umfasst Projekte zur Entwicklung und Umsetzung kommunaler Konzepte und Strategien zur biologischen Vielfalt, Maßnahmen zur naturnahen Gestaltung von Grünflächen sowie deren Vernetzung untereinander und mit dem Umland, zur Erhaltung von Lebensräumen für stadttypische und gefährdete Tier- und Pflanzenarten, zur Aktivierung neuer Flächenpotenziale durch Gewässerrenaturierung, zur naturnahen Gestaltung von Gewerbeflächen sowie zur Schaffung grüner Straßenräume und „lebendiger“ Gebäude. Zentrales Ziel des neuen Förderschwerpunkts ist zudem, interdisziplinäre Zusammenarbeit zu unterstützen, Akteure vor Ort zu vernetzen und Stadtnatur zu vermitteln. Der Förderschwerpunkt umfasst daher auch eine personelle Unterstützung zur Beratung der Umsetzung kommunaler Freiraum- und Biodiversitätskonzepte, die Einrichtung von Naturerfahrungsräumen, naturnahen innerstädtischen Gemeinschaftsgärten, grünen Lernorten und Schulgärten sowie naturnahen Schulhöfen, Kindergarten-Außengeländen und Sportstätten.

2. Wir werden Stadtnatur in den bestehenden Bundesprogrammen stärken

Viele Bundesprogramme haben mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung und Unterhaltung von Stadtnatur. Um spürbar mehr Natur in unseren Städten zu schaffen, ist es notwendig, diese breite Förderlandschaft gezielter auch auf die Belange des Naturschutzes auszurichten. Die Rahmensetzungen für die Programme müssen somit auch Aspekte des Arten- und Biotopschutzes beinhalten. Das bedeutet, rechtliche Grundlagen zu verbessern, für Stadtnatur hinderliche Regelungen zu überarbeiten sowie neue Fördertatbestände für Stadtnatur zu schaffen.

Programme der Städtebauförderung

Bund und Länder unterstützen die Kommunen bei ihrer Stadtentwicklung mit der Städtebauförderung in erheblichem Umfang. Sie leistet auch einen wichtigen Beitrag für mehr Natur in der Stadt.

Mit dem Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün" wurde in der letzten Legislaturperiode ein wichtiges Instrument für die Entwicklung von Grün- und Freiflächen geschaffen. Grünstrukturen erfüllen auch wichtige Ziele der weiteren Städtebauförderprogramme und sind somit auch dort förderfähig. Investitionen in Grün- und Freiflächen und die Erhaltung der biologischen Vielfalt haben Eingang in die jährlichen Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung des Bundes und der Länder gefunden. So ist bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen auch die Ausstattung mit Grünflächen bei der Beurteilung der Frage, ob ein städtebaulicher Missstand vorliegt, zu beachten.

- Wir werden zur Unterstützung des städtischen Grüns prüfen, eine mangelnde Grünausstattung und Erreichbarkeit von öffentlichem Grün klarstellend als ein Kriterium zur Begründung eines städtebaulichen Missstandes (§ 136 BauGB) aufzunehmen.

Darüber hinaus sollten für Maßnahmen der Städtebauförderung erstellte integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte mit gesamtstädtischen Planungen abgestimmt werden. Dies gilt auch für gesamtstädtische Grünplanungen im Sinne der urbanen grünen Infrastruktur.

Für die Kommunen liegt die große Herausforderung darin, einerseits eine dichte und flächeneffiziente Bebauung im Innenbereich und andererseits eine angemessene und qualitätsvolle Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner mit privaten und öffentlichen grünen Freiräumen zu erreichen. Zur Unterstützung dieses Planungsansatzes wollen wir im Baugesetzbuch die bei der Bauleitplanung zu berücksichtigenden verschiedenen Belange um den Aspekt einer ausreichenden Grünflächenversorgung erweitern.

Sanierungsprogramme des Bundes

Die Sanierung von Gebäuden und Quartieren haben entscheidenden Einfluss auf die Arten- und Biotopvielfalt unserer Städte. Vogel- und Fledermausarten nehmen zum Beispiel Spalten, Nischen und Hohlräume an der Fassade oder im Dachbereich als Nist-, Brut-, Rast- und Schlafplatz in Anspruch. Auch bei Baumaßnahmen zur energetischen Sanierung von Gebäuden ist darauf zu achten, dass diese Lebensräume nicht verschwinden. Zudem bieten Gebäude auch vielfältige Möglichkeiten zur Dach- und Fassadenbegrünung.

- Wir werden in den verschiedenen Gebäudesanierungsprogrammen des Bundes Naturschutzbelange in die Fördervoraussetzungen integrieren.

Das „CO₂-Gebäudesanierungsprogramm“ des Bundes beinhaltet verschiedene Förderprogramme, die energieeffizientes Bauen und energetische Sanierungen fördern. Dabei werden sowohl private als auch kommunale Akteure adressiert. Bei den verschiedenen Sanierungsprogrammen gilt es, Ansprüche von Gebäudebrütern, Tierschutzaspekte an spiegelnden und durchsichtigen Glasflächen sowie biodiversitätsfördernde

Dach- und Fassadenbegrünungen stärker zu berücksichtigen. Der Schutz des Klimas und der Biodiversität müssen gemeinsam gedacht werden.

- Wir werden bei der energetischen Stadtsanierung die urbane grüne Infrastruktur in die ganzheitliche Betrachtung und Quartiersentwicklung einbeziehen. Auch der Naturschutz soll dabei, in Abwägung mit anderen städtebaulichen Aspekten, Berücksichtigung finden.

Mit dem KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ stoßen wir im Quartier umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und der kommunalen Infrastruktur an. Der Fokus der Förderung weitet sich vom Einzelgebäude auf das Quartier. Mit dem Programm werden quartiersbezogene, integrierte Konzepte und Sanierungsmanagements gefördert. Darüber hinaus fördern wir Investitionen in die kommunale Infrastruktur und die Quartiersversorgung.

Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative

Die Art der Leuchtmittel und die Dauer der Beleuchtung in unseren Städten haben hohe Relevanz für den Insektenschutz, aber auch für den Menschen. Im Rahmen der „Kommunalrichtlinie“ des Bundes wird u.a. die Umstellung auf eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung gefördert. Dabei sollten ausschließlich naturverträgliche Konzepte und Techniken zur Anwendung kommen.

- Wir werden bei der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld (Kommunalrichtlinie) Naturschutzbelange umfassend einbeziehen.

Seit dem Jahr 2019 werden bereits nur noch Beleuchtungsanlagen mit Regelungs- und Steuerungstechnik gefördert, die entweder eine zeit- oder präsenzabhängige Beleuchtung ermöglichen oder über eine Technik zur adaptiven Anpassung der Beleuchtung verfügen. So kann die Beleuchtungsdauer reduziert werden. Insgesamt soll nur dort beleuchtet werden, wo eine Ausleuchtung erforderlich ist.

Neue Erkenntnisse bezüglich weiterer relevanter Parameter sollen bei künftigen Überarbeitungen der Richtlinie berücksichtigt werden. Zentrale Parameter sind für Mensch und Natur verträgliche Lichttemperatur und Wellenlänge.

3. Wir werden die kommunale Landschaftsplanung stärken

Ebenso wie die bauliche Entwicklung sind Freiräume einer Stadt strategisch zu betrachten und zu planen. Die kommunale Landschaftsplanung erfüllt diese zentrale Funktion auf gesamtstädtischer Ebene. Sie liefert Schlüsselinformationen zu Natur und Umwelt und formuliert klare Ziele und Maßnahmen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung von Natur, Landschaft und Freiraum. Landschaftsplanung muss als Prozess verstanden werden, der auch das Potenzial hat, informelle Konzepte einzubinden. Mit seinen Daten und Umweltbewertungen dient der Landschaftsplan auch als Maßstab und Entscheidungshilfe für eine umweltverträgliche Planung von Standorten für den Wohnungsbau, für die Entwicklung von Gewerbe und Industrie sowie für Infrastrukturmaßnahmen.

- Wir werden mit einer Initiative zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes die Landschaftsplanung als Instrument zur Lösung wichtiger Zukunftsaufgaben stärken.

Insbesondere in Kommunen mit hoher baulicher Dynamik besteht ein großer Bedarf an aktuellen Planungen und Konzepten zu Grünflächenversorgung und zum Grünflächenverbund. Deshalb gehören zur Gesetzesinitiative neben einer Konkretisierung der Fortschreibungspflicht auf Ebene der Landschaftsrahmenplanung eine regelmäßige Überprüfung des Fortschreibungsbedarfs für die Landschaftsplanung auf kommunaler Ebene durch die Planungsträger sowie die Stärkung der Grünordnungsplanung als Grundlage für eine qualifizierte Bebauungsplanung und Freiflächengestaltung.

- Wir werden die Landschaftsplanung im kommunalen Bereich fit machen für „E-Government“.

E-Government ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einen unkomplizierten und zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen des Staates. Mit der Einführung von E-Government im Planungs- und Bauwesen kommen auch auf die Landschaftsplanung neue Anforderungen hinsichtlich online-Verfügbarkeit und -Einsehbarkeit zu. Dazu werden auch Geodaten in ausreichender Qualität und Aktualität aus unterschiedlichen Quellen benötigt. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Bundesamtes für Naturschutz werden Grundlagen und Umsetzungshinweise zur Erweiterung des Standards XPlanung für die Landschaftsplanung erarbeitet und eine Modellierung sowie ein Praxistest durchgeführt. Die Leitstelle XPlanung / XBau von Bund und Ländern wird beteiligt. Damit wird eine zentrale Voraussetzung für die elektronische Nutzung der Landschaftsplanung in den Kommunen als allgemein zugängliche Informations- und Beteiligungsplattform geschaffen.

4. Wir werden den Nutzen von Stadtnatur für die Gesundheitsförderung deutlich machen

Die gesundheitsfördernden Wirkungen von städtischem Grün sind erheblich. Dies betrifft sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit sowie die allgemeine Lebensqualität und das Wohlbefinden. Öffentliche Grün- und Freiräume sowie Klein- und Gemeinschaftsgärten bieten bei entsprechender Ausstattung und Unterhaltung gerade in benachteiligten Stadtteilen bedeutende gesundheitsfördernde Infrastrukturen, die verstärkt für präventive, gesundheits- und teilhabeförderliche Maßnahmen genutzt werden können. Deshalb sollte Stadtgrün für die Gesundheitsförderung verstärkt genutzt werden.

- Wir werden uns daher für eine Prüfung von besseren Kooperationsmöglichkeiten zwischen Sozialversicherungsträgern, Ländern und Kommunen u.a. auf der

Basis des Präventionsgesetzes einsetzen mit dem Ziel, den Wert von Stadtgrün für die Förderung der Gesundheit mit in den Blick zu nehmen.

Bei den Programmen zur Gesundheitsförderung und Prävention sollte das Handlungsfeld Stadtgrün berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung, der in den Lebenswelten der Menschen zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen, Sportvereinen, Betrieben und Pflegeeinrichtungen sowie Kommunen liegt, soll auch unter Berücksichtigung des grünen Freiraums gestaltet werden. Um die Möglichkeiten für die Stadtnatur genauer auszuloten, werden Modellvorhaben durchgeführt.

5. Wir werden mit mehr Stadtnatur einen Beitrag zur Umweltgerechtigkeit leisten.

Städtische Grünflächen und Naturräume sind wichtige Begegnungs-, Erlebnis-, Bewegungs- und Erholungsorte. Häufig weisen gerade sozial benachteiligte Stadtteile eine schlechtere Versorgung mit Grünflächen auf. Zur Schaffung von Umweltgerechtigkeit ist es dringend erforderlich, die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Grünflächen in sozial benachteiligten Wohngebieten zu erhöhen und deren Bewohnerinnen und Bewohnern eine aktive Teilhabe an „ihren“ Grün- und Freiräumen zu ermöglichen.

Konvention zu Grünraumversorgung und Erholungsvorsorge

Orientierungswerte für Stadtnatur bieten den Kommunen Leitplanken für die Planung ihrer Freiräume und unterstützen sie, diese Flächen auch argumentativ in kommunalpolitischen Prozessen zu stärken. Sie sind ein wichtiges Instrument, um auf mehr Grün und auf eine höhere Grünqualität hinzuwirken, auch und gerade bei Nachverdichtung städtischer Bebauung. Mit Orientierungswerten soll unter anderem sichergestellt werden, dass die Grünflächenversorgung in sozial benachteiligten Wohngebieten möglichst an den gesamtstädtischen Durchschnitt angeglichen wird. Zahlreiche Kommunen wenden bereits Richtwerte im Hinblick auf Erholungsvorsorge an. Bundesweit akzeptierte Orientierungswerte zur Erholungsvorsorge durch urbanes Grün existieren jedoch nicht.

- Wir werden im Rahmen einer Fachkonvention bundeseinheitliche Orientierungswerte für die Grünausstattung und Erholungsversorgung vorlegen.

Orientierungswerte sollten z.B. für Flächengrößen, die Versorgung mit Grün- und Freiflächen pro Einwohner und die Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen erarbeitet werden. Daneben sind Orientierungswerte zur Qualität der Flächen im Hinblick auf die biologische Vielfalt erforderlich. Das Bundesamt für Naturschutz wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einen Konventionsbildungsprozess zur Entwicklung bzw. Anpassung von freiraumbezogenen Richt- und Orientierungswerten in enger Kooperation mit Kommunen und Verbänden durchführen.

Schaffung von Naturerfahrungsräumen

Städtische Naturerfahrungsräume sind naturbelassene Freiräume ohne vorgegebene Spielelemente für Kinder und Jugendliche. Sie geben ihnen die Möglichkeit, in ihrem direkten Umfeld Natur vorzufinden, um eigenständig Erfahrungen mit Pflanzen und Tieren sammeln zu können. Sie sind Orte der Begegnung, der Phantasie, des Abenteuers, der Ruhe und des spielerischen Lernens. Sie bieten sinnliche Anregung und Anreiz zur Bewegung unter freiem Himmel. Sie können dazu beitragen, Bewegungsmangel, Übergewicht und Konzentrationsstörungen wirksam zu begegnen. Naturerfahrungsräume sollten in unseren Städten fester Bestandteil des öffentlichen Freiraumangebotes sein.

- Wir beabsichtigen, eine ausdrückliche Festsetzungsmöglichkeit für Naturerfahrungsräume bei der nächsten Novelle des Baugesetzbuches zu verankern.

Naturerfahrungsräume haben bereits Eingang in verschiedene Gesetze gefunden, z.B. in das Bundesnaturschutzgesetz und in die Landesnaturschutzgesetze von Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Eine konkrete Flächensicherungsmöglichkeit kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden.

- Wir werden Initiativen zur Verbreitung von Naturerfahrungsräumen ergreifen.

Damit Naturerfahrungsräume zu einem selbstverständlichen und weitverbreiteten Freiraum- und Spielangebot in unseren Kommunen werden, müssen deren Potenziale und Leistungen breiter kommuniziert werden. Zudem werden konkrete Handlungsempfehlungen zur Erleichterung von Planung und Management von Naturerfahrungsräumen zur Verfügung gestellt.

6. Wir werden das städtische Gewässer- und Niederschlagsmanagement unterstützen

Naturnahe Gewässer mit ihren Ufern und Auen sind Hotspots für Biodiversität. Sie sind Nahrungs-, Rast- und Brutareale für viele Tiere und Pflanzen und vernetzen urbane Grünflächen mit dem Umland. Sie bieten für die Menschen vielfältige Möglichkeiten für Erholung und Naturerleben. Sie sorgen in überhitzten städtischen Räumen für Luftaustausch und Abkühlung. Vielfach sind aber im städtischen Bereich natürliche Wasserflächen verloren gegangen, Versickerungsflächen versiegelt und kleine Bachläufe vollständig verrohrt worden. Sie stehen damit als Lebensraum und für ein natürliches Wassermanagement nicht mehr zur Verfügung. Die Potentiale urbaner Gewässer gilt es verstärkt nutzbar zu machen.

- Wir werden bestehende technische Regeln im Hinblick auf den Erhalt des natürlichen Wasserhaushalts, Klimaanpassung und Stadtnatur überprüfen, konkretisieren und ggf. neu initiieren mit dem Ziel, mit einem effektiven Niederschlagsmanagement und durch eine natürliche Gewässergestaltung vielfältige Lebensräume zu schaffen.

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) wird durch ihr Regelwerk die Themen Niederschlagsmanagement (Schwammstadtprinzip), Hochwasservorsorge, Klimaanpassung, Gewässerökologie und Naturerleben

für die Siedlungswasserwirtschaft zusammenführen. Hierzu werden die unterschiedlichen Bereiche Flächenmanagement, Bau- und Wasserrecht, Finanzierung, Haftung und Regelwerkserarbeitung zur Problemlösung zusammenarbeiten. Für die Frage der Bewässerung von städtischen Grünflächen vor dem Hintergrund häufiger auftreten der Trockenheitsperioden sind neue, ressourcenschonende Lösungsmöglichkeiten erforderlich. Hierfür werden Möglichkeiten der Aufbereitung von Abwasser durch Stoffstromtrennung sowie die Speicherung untersucht.

7. Wir werden die Entsiegelung von Böden voranbringen

Der Anteil der versiegelten Fläche nimmt in Deutschland weiter zu. Derzeit werden in Deutschland täglich ca. 60 Hektar für Siedlung und Verkehr neu ausgewiesen. Rund die Hälfte davon wird versiegelt. Unversiegelte Böden in Städten erhalten die Biodiversität, helfen bei der Versickerung von Regenwasser, füllen Grundwasservorräte auf und unterstützen die Verdunstung. Sie tragen damit zur Verbesserung des innerstädtischen Klimas und zur Klimaanpassung bei. Durch eine Entsiegelung kann der Boden zumindest teilweise wieder seine vielfältigen Funktionen erfüllen.

- Wir werden neue Ansätze zur besseren Nutzung von Entsiegelungspotenzialen zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen und zur Klimaanpassung prüfen.

Das Umweltbundesamt wird im Rahmen eines Forschungsvorhabens bestehende Entsiegelungspotenziale identifizieren und die bestehende Rechtslage sowie weitere Instrumente der Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen überprüfen. Auf dieser Grundlage werden Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

8. Wir werden über Bildungsangebote zur ökologischen Ernährungsbildung beitragen

Das Erleben von Kulturpflanzen im städtischen Umfeld eröffnet den Menschen und dabei insbesondere Kindern und Jugendlichen einen Zugang zur Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel: Hier können sie in ihrem Lebensumfeld mit allen Sinnen erfahren, wie Gemüse und Obst wachsen und wieviel Arbeit und Ressourcen in ihnen stecken. Raum für das städtische Gärtnern ist damit ein wichtiger Beitrag zur sinnlichen Erfahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zur Ernährungsbildung und für die Verbesserung der Wertschätzung von Lebensmitteln. Gärtnern in der Stadt ist wieder modern geworden. Der Anbau von eigenem Gemüse und Obst auf dem Balkon, in Kleingärten und Gemeinschaftsgärten oder auf dem eigenen Grundstück nimmt wieder zu.

- Wir werden die Weiterentwicklung der Schulgärten durch Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen unterstützen.

Schulgärten sind ein wertvoller Ort des Lernens von und über die Natur. Kinder können unmittelbar miterleben, wie die Pflanzen wachsen und zu Grundnahrungsmitteln werden. Sie lernen die Leistungen der Natur am konkreten Objekt kennen, wie z.B. die Bestäubungsleistungen der Insekten. Dies ist ein Grundstein für Wissen über gesunde und ausgewogene Ernährung sowie ökologische Zusammenhänge.

- Wir werden die Ausbildung der Fachberatung mit Zuschüssen für Ökologieschulungen unterstützen und Informationsmaterial für Kleingärten sowie Haus- und Gemeinschaftsgärten erarbeiten.

Kleingärten und Gemeinschaftsgärten übernehmen nicht nur wichtige soziale, sondern auch ökologische Funktionen. Diese gilt es vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Sicherung der biologischen Vielfalt zu stärken. Hierzu können eine naturnahe Bewirtschaftung und Gestaltung der Gärten beitragen. Um eine ökologische Aufwertung der Kleingärten zu erzielen, ist eine vielfältige fachliche Unterstützung erforderlich. Eine wichtige Rolle können dabei ökologische Mustergärten übernehmen.

Den Erhalt bewährter, wertvoller alter Nutzpflanzen wie z.B. Obst- und Gemüsesorten unterstützen wir durch den Betrieb unserer Genbanken.

9. Wir werden die Vorbildfunktion des Bundes für Stadtnatur ausbauen

Der Bund hat eine besondere Verantwortung, die eigenen Liegenschaften nachhaltig zu entwickeln. Hierzu hat die Bundesregierung im Jahre 2016 die „Strategie zur vorbildlichen Berücksichtigung von Biodiversitätsbelangen für alle Flächen des Bundes (StrÖff)“ beschlossen. Viele städtische Liegenschaften des Bundes verfügen über einen hohen Grünanteil. Durch eine biodiversitätsfördernde Gestaltung und Pflege können Bundesliegenschaften eine weithin wahrnehmbare Vorbildfunktion entfalten. Deshalb wird der Bund seine Grundstücke und Bauten soweit wie möglich naturschutz- und klimaschutzorientiert gestalten.

- Wir werden bei Neubauten, Bestandsmodernisierungen und gebäudenahen Außenanlagen des Bundes Belange der biologischen Vielfalt systematisch berücksichtigen.

Im Rahmen von Baumaßnahmen des Bundes werden wir lebenszyklusbezogene Biodiversitätsaspekte in geeigneten Fällen gemeinsam mit Klimaschutzaspekten systematisch berücksichtigen und bei der weiteren Planung frühzeitig umsetzen. So werden Maßnahmen zur Erhaltung, zum Schutz und zur Förderung der Artenvielfalt positiv bei der Bewertung im „Bewertungssystem nachhaltiges Bauen“ (BNB) honoriert. Dazu zählen beispielsweise die Berücksichtigung von Strukturen, die Tieren als Lebensraum, Nistplatz oder Versteckmöglichkeit dienen oder zum Schutz der Biodiversität beitragen sowie die Verwendung von standortgerechten Wild- und Kulturpflanzenarten bei der Neuanlage. Außerdem werden wir die Begrünung von neuen Bundesbauten an den Gebäuden und auf den Liegenschaften maßnahmenbezogen vorantreiben und gute Beispiele kommunizieren.

- Wir werden die Bewirtschaftung von Bundesliegenschaften soweit wie möglich naturverträglich gestalten.

Dafür werden wir bei der Zertifizierung des Bundes die Aspekte der biologischen Vielfalt stärken. Bis 2020 werden die Aspekte der biologischen Vielfalt in die Umweltmanagementstrukturen LUMAS® der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) unter dem Schlüsselbereich „Natürliches Umfeld“ stärker eingebracht. Dabei geht es zum Beispiel um die Verwendung von standortgerechten Kultur- und Wildpflanzen, den grundsätzlichen Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, chemisch-synthetische Dünger und torfhaltige Produkte in der Pflege sowie die Verringerung der Lichtemissionen.

10. Wir werden neue innovative Wege für mehr Stadtnatur entwickeln

Gut 60 Prozent der Menschen in Deutschland leben in Städten mit über 20.000 Einwohnern. In Wachstumsregionen wird Stadtgrün nicht selten in der Auseinandersetzung um das knappe Gut Fläche als Konkurrenz zu anderen Bedürfnissen verstanden. Gleichzeitig verfügen andere Regionen im Zuge des Brachfallens und Rückbaus von Siedlungs- und Gewerbeflächen über neue Freiräume, die ein Entwicklungspotenzial für vernetzte Grünflächen bieten. Für beide Entwicklungen müssen nachhaltige Lösungen gefunden werden. In der Gesellschaft besteht ein hohes Potenzial an Kreativität, Innovation und Engagement. Es gilt, dieses Potenzial für mehr Natur in der Stadt gezielt zu nutzen und in allen Altersgruppen der Bevölkerung neue Formen des Zugangs zur Natur zu entwickeln, die die Wertschätzung für Natur bei den Menschen erhält.

- Wir werden mit Modellvorhaben naturbasierte Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen unserer Städte entwickeln.

Hierzu gehören zum Beispiel „PikoParks“, urbane Wälder und neue Formen urbaner Gärten wie Kleingartenparks, Waldgärten, Dach- und Fassadenbegrünung, aber auch innovative Gestaltungsansätze wie „Animal-Aided-Design“. Neue Wege der Stärkung

von grüner Infrastruktur sind ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Anpassung unserer Kommunen an den Klimawandel. Gesucht werden neue Ansätze für eine bessere Vernetzung der städtischen Grünflächen untereinander, für die Grünvernetzung von Stadt und Umland sowie für die Verknüpfung von grauer und grüner Infrastruktur. Hierfür werden auch Modellvorhaben der kommunalen Landschaftsplanung unterstützt.

Die Pflege und Unterhaltung stellt die längste Phase im Lebenszyklus von Grünanlagen dar und ist daher entscheidend für die nachhaltige Erhaltung und Entwicklung der urbanen Biodiversität. Es sind neue naturnahe Konzepte für das Grünflächenmanagement zu entwickeln, um den Kommunen bei der Unterhaltung der Flächen ökologisch, ästhetisch und ökonomisch tragfähige Lösungen anzubieten.

- Wir werden einen regelmäßigen Austausch der Forschungseinrichtungen des Bundes zu Stadtnatur und Stadtgrün sicherstellen.

Der Qualifizierung von Stadtnatur und Stadtgrün kann nur eine transdisziplinäre Forschung gerecht werden. Dazu tragen die Vernetzung und ein regelmäßiger Austausch der Forschungseinrichtungen des Bundes bei. Einmal jährlich tauschen sich das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, das Bundesamt für Naturschutz, das Umweltbundesamt und das Julius Kühn-Institut in einem Forschungsworkshop über ihre Forschungsaktivitäten und den potenziellen Forschungsbedarf im Bereich Stadtgrün und Stadtnatur aus.

11. Wir werden die Anliegen der Stadtnatur in der Aus- und Weiterbildung und für die praktische Anwendung stärken

Eine gute Berufsausbildung ist die Basis für ein nachhaltiges Handeln. Deshalb ist es wichtig, den aktuellen Stand der angewandten Forschung aus den Umwelt-, Planungs- und Gartenbauwissenschaften sowie Erfahrungen aus der Praxis in die Aus- und Weiterbildung einfließen zu lassen. Zudem ist die praktische Anwendung bei der

Schaffung und Unterhaltung von Stadtnatur mit Handlungsempfehlungen und Leitfäden, die auf den neuesten Erkenntnissen beruhen, zu unterstützen.

- Wir werden einen Dialog mit Berufsverbänden, Kammern und Hochschulen einleiten mit dem Ziel, die Fachkompetenzen in der Aus- und Weiterbildung rund um Stadtnatur zu erweitern.

Der Bund wird prüfen, ob und in welchem Maße Bildungseinrichtungen unterstützt werden können, die sich mit Stadtnatur beschäftigen oder in ihrem Wirken auf Stadtnatur Einfluss nehmen.

- Wir werden einen „Werkzeugkasten“ mit Handlungsempfehlungen und Leitfäden für Stadtnatur vorlegen.

Mit dem Werkzeugkasten soll der Wissenstransfer zum Thema Stadtnatur in die kommunale Planungspraxis, insbesondere kleinerer und mittlerer Kommunen unterstützt werden. Handlungsempfehlungen und Leitfäden werden zum Beispiel zu folgenden Themen entwickelt: Fachgerechte Planung, Anlage und Unterhaltung naturnaher Grünflächen, Bauhandbuch für den Artenschutz, Nutzung der Dach- und Fassadenbegrünung für biologische Vielfalt, Naturerfahrung in der Praxis.

12. Wir werden die Datengrundlagen für Stadtnatur verbessern

Damit in der kommunalen Praxis Projekte zur Schaffung von Stadtnatur gezielter geplant und umgesetzt werden können, ist eine solide Datenbasis für die Naturausstattung und die naturwissenschaftlichen Zusammenhänge zwingende Voraussetzung. Zudem sind Daten erforderlich, um in der politischen Diskussion und den Dialogprozessen vor Ort die Bedeutung und Wirksamkeit von Stadtnatur besser darlegen zu können.

- Wir werden bundesweite Auswertungen zu Stadtbiotopkartierungen auf Ebene der Großstädte durchführen.

Vorhandene Arten- und Biotopkartierungen deutscher Städte sollen hinsichtlich Artenvielfalt sowie siedlungstypischer gefährdeter und geschützter Arten und Lebensräume ausgewertet werden. Dabei werden insbesondere Tierartengruppen wie Brutvögel, Fledermäuse, Amphibien und Insekten in den Blick genommen. Es gilt, innovative Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich z.B. durch „Citizen-Science“-Ansätze und durch den Einsatz technischer Möglichkeiten der Erdbeobachtung ergeben. Außerdem werden wir die Forschung zu Stadtbäumen und anderen Pflanzen für das städtische Umfeld ausbauen, denn diese wirken nicht nur als „Lebensraumvervielfacher“ für Vögel und Insekten, sondern erbringen auch entscheidende Leistungen zur Anpassung an den Klimawandel.

- Wir werden einen Indikator zur Erreichbarkeit naher städtischer Grünflächen entwickeln und in die bundesweite Berichterstattung integrieren.

Zur Beschreibung des Zugangs der Bevölkerung zu öffentlichen Grünflächen ist die Entwicklung eines Indikators „Erreichbarkeit naher städtischer Grünflächen“ erforderlich. Dieser Indikator dient der Erfolgskontrolle, wie das Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zur Grünversorgung in den Städten in Deutschland insgesamt erreicht wurde.

13. Wir werden mit dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ eine enge Zusammenarbeit aufbauen

In Deutschland haben sich mehr als 150 Kommunen zusammengeschlossen, um die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorbildlich umzusetzen. Zu den Mitgliedern zählen neben zahlreichen kleineren und mittleren Kommunen auch 36 Großstädte. Die Bündniskommunen sind Vorreiter und wichtige Multiplikatoren bei der Schaffung von Stadtnatur in Deutschland (www.kommbio.de).

- Wir werden das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ im Rahmen der Fördermöglichkeiten des Bundesumweltministeriums dabei unterstützen, sich als kommunale Plattform für Stadtnatur zu etablieren.

Das Bündnis nimmt eine wichtige Rolle für den Informationsaustausch zur Stadtnatur zwischen den Kommunen sowie für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die kommunale Praxis ein. Dies gilt es durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit weiter auszubauen, zum Beispiel durch Einführung einer Förderberatung des Bündnisses für seine Mitglieder.

14. Wir werden Bewusstsein schaffen für mehr Natur in der Stadt

Aktivitäten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt benötigen breite gesellschaftliche Unterstützung. Der Wert der Stadtnatur sowie die Visionen und Zukunftsfelder einer grünen Stadt müssen durch eine umfassende Kommunikation und Information sowie über Bildungsmaßnahmen vermittelt und erklärt werden.

- Wir werden mit innovativen Formaten einer zeitgemäßen, aktivierenden Öffentlichkeitsarbeit das Thema Stadtnatur im öffentlichen Bewusstsein stärken.

Hierzu wird ein Kommunikationskonzept erarbeitet und umgesetzt. Das Konzept beinhaltet u.a. die Produktion von Print-, Audio- und Video-Materialien und die Nutzung sozialer Medien, thematisch vielfältige Veranstaltungen für die unterschiedlichen Zielgruppen und überregionale Fachdialoge. Wesentliche Zielgruppen sind die breite Öffentlichkeit, die Zivilgesellschaft mit Verbänden, Initiativen und Unternehmen sowie Akteure aus Politik und Verwaltung in den Kommunen.

- Wir werden einen Wettbewerb zum Insektenschutz in den Kommunen ins Leben rufen.

Durch den bundesweiten Wettbewerb soll das Engagement von Kommunen für mehr Natur in der Stadt und damit für den Schutz von Insekten auch in Siedlungsbereichen und deren direktem Umland gefördert werden. Der Wettbewerb soll neue Wege aufzeigen, wie lokale Allianzen und Kooperationen zwischen den für Stadtentwicklung, Grünentwicklung und Naturschutz zuständigen Fachämtern zu innovativen Lösungen für vielfältige Lebensräume in unseren Städten beitragen können. Im Fokus des Wettbewerbs steht zudem eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Naturschutz, Umwelt- und Ernährungsbildung, Landwirtschaft und Gartenbau, Sport, Gesundheitsförderung, Architektur, Gartendenkmalpflege und Kunst.

D. Zusammenarbeit

Die Schaffung und Pflege von Stadtnatur ist eine breite gesellschaftliche Aufgabe und erfordert eine enge Zusammenarbeit aller Akteure.

Öffentliche Grünflächen liegen in der Regel in der Verantwortung der Kommunen. Der Bund wirkt für diese kommunalen Aufgaben rahmengebend und fördernd sowie bei der Entwicklung übergreifender Instrumente mit. In diesem Masterplan sind die in der Zuständigkeit des Bundes liegenden Maßnahmen aufgenommen. Alle anderen Akteure sind aufgerufen, die Umsetzung engagiert zu begleiten und mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen.

Bei der Entwicklung dieses Masterplans Stadtnatur waren die Länder, die kommunalen Spitzenverbände, Berufs-, Sozial-, Wirtschafts-, Sport-, Kleingarten- und Naturschutzverbände sowie die Wissenschaft beteiligt. Der Masterplan hat dabei eine breite gesellschaftliche Unterstützung erfahren.

Auch der Umsetzungsprozess wird in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren stattfinden. Wir werden über die Umsetzung der Maßnahmen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Berufs-, Sozial-, Wirtschafts-, Sport-, Kleingarten- und Naturschutzverbänden sowie den Ländern einen regelmäßigen Austausch pflegen.

